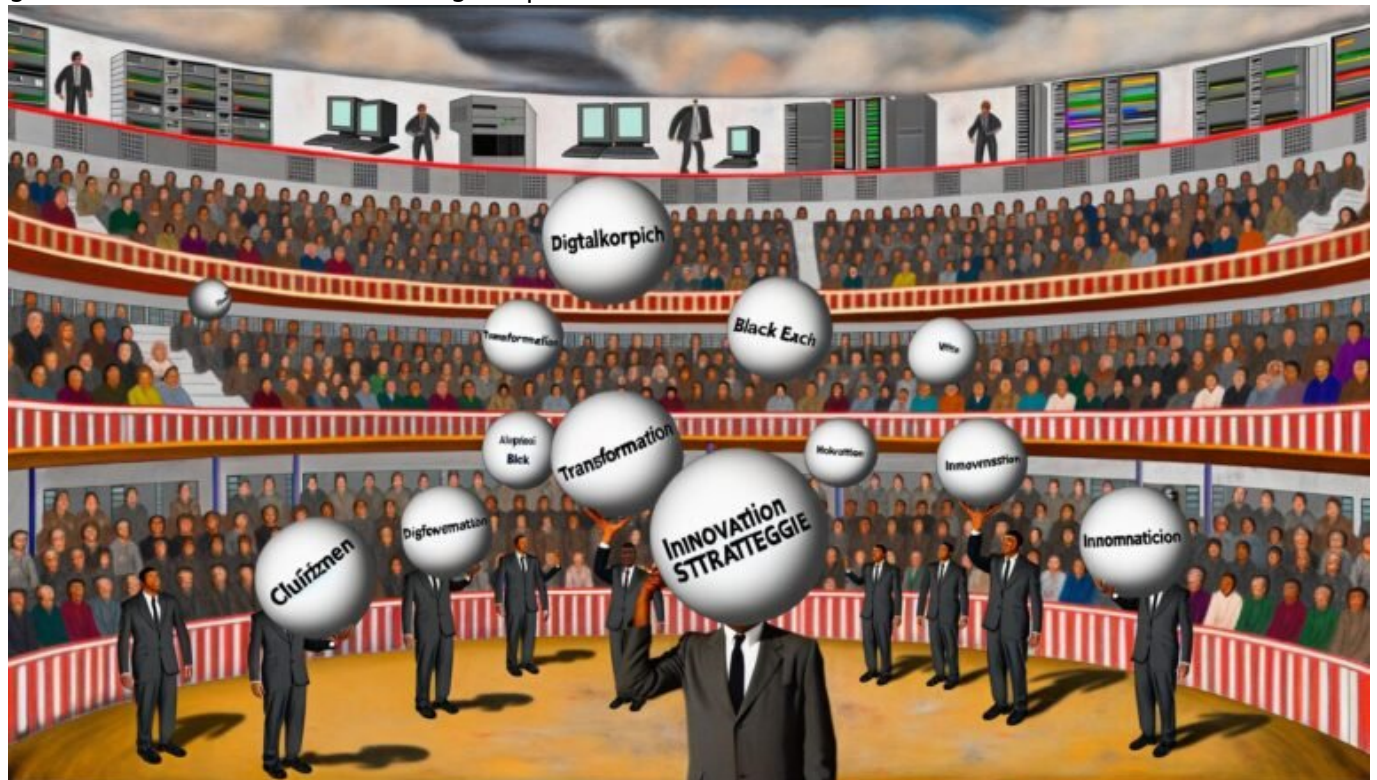


Digitalkompetenz Politik

Kolumne: Klartext statt Digital-Blabla

Category: Opinion

geschrieben von Tobias Hager | 21. Februar 2026



Digitalkompetenz Politik

Kolumne: Klartext statt Digital-Blabla

Willkommen im digitalen Politik-Zirkus, wo Buzzwords wie “Digitalkompetenz”, “Transformation” und “Innovationsstrategie” mehr Applaus bekommen als echte Lösungen. In dieser Kolumne gibt’s keine weichgespülten Worthülsen, sondern knallharten Klartext: Warum Deutschlands Politiker beim Thema Digitalkompetenz regelmäßig im Netz der eigenen Unwissenheit hängenbleiben, wie Digitalpolitik tatsächlich funktioniert – und was passieren muss, damit das Land nicht endgültig zum digitalen Entwicklungsland mutiert. Wer hier nach Ausreden, PR-Getöse oder warmen Worten sucht, ist falsch. Hier gibt’s Fakten, Technik und eine gehörige Portion Zynismus. Bereit? Dann auf ins

Gefecht gegen das Digital-Blabla.

- Warum der Begriff „Digitalkompetenz“ in der deutschen Politik meist nur als Feigenblatt für Planlosigkeit dient
- Wie digitale Inkompetenz auf allen Ebenen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ruiniert
- Welche zentralen Technologien und Skills heute in der Digitalpolitik wirklich zählen
- Warum Digitalstrategie mehr als die Einführung von Tablets in Klassenzimmern ist
- Wie Lobbyismus, Behördenstrukturen und Föderalismus jede digitale Reform im Keim ersticken
- Welche internationalen Benchmarks zeigen, wie Digitalisierung tatsächlich funktioniert
- Eine Schritt-für-Schritt-Checkliste für echte Digitalkompetenz in der Politik
- Warum ohne technisches Grundverständnis jede Digitalagenda zur teuren Lachnummer wird
- Wie Deutschland den Sprung von der Digital-PR zum digitalen Staat schaffen könnte – und was dafür radikal geändert werden muss

Wer in Deutschland von Digitalkompetenz redet, erntet meist zustimmendes Nicken – und ertrinkt dann in endlosen Arbeitskreisen, PowerPoint-Schlachten und Pilotprojekten ohne echten Impact. Das Problem: Der Begriff wird inflationär verwendet, um eigene Defizite zu kaschieren. Politiker sonnen sich im Licht digitaler Schlagworte, während die Server der Verwaltung ächzen, die Schulen auf Kreide setzen und Unternehmen an Faxgeräten verzweifeln. Fakt ist: Digitalkompetenz in der Politik bleibt oft ein luftleerer Raum, gefüllt mit PR-Strategien und Beraterfloskeln. Die wirklich relevanten Themen – Infrastruktur, IT-Security, KI, Datenmanagement, Open Source, digitale Souveränität – bleiben Nebensache. Willkommen im Digital-Blabla-Land, in dem jede Legislaturperiode mit neuen Buzzwords beginnt, aber mit alten Problemen endet.

Digitale Inkompetenz ist längst kein Kavaliersdelikt mehr, sondern ein Standort- und Sicherheitsrisiko. Wer Digitalisierung ernst meint, braucht mehr als einen Twitter-Account und einen Digitalbeirat. Es braucht technisches Grundverständnis, Mut zur Disruption und die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu durchdringen. In dieser Kolumne räumen wir auf mit Mythen, zerstören liebgewonnene Ausreden und zeigen, wie Digitalkompetenz in der Politik wirklich aussieht – ohne Filter, aber mit Fakten.

Das Ziel: Endlich Schluss mit Digital-Blabla. Denn während andere Länder längst mit Blockchain-Verwaltung, automatisiertem Bürgerservice und digitaler Identität arbeiten, diskutieren wir noch über WLAN in Zügen und die zehnte E-Mail-Sicherheitsrichtlinie. Deutschland braucht eine digitale Revolution – keine weitere Taskforce. Und das Fundament dafür ist: echte Digitalkompetenz. Zeit, den Reset-Knopf zu drücken.

Digitalkompetenz in der Politik: Begriff, Realität und der große Selbstbetrug

Digitalkompetenz – das klingt nach Zukunft, Fortschritt, technischer Raffinesse. In der politischen Praxis aber wird das Wort oft als Deckmantel für Halbwissen und Tatenlosigkeit genutzt. Politiker jonglieren mit Schlagworten wie “Cloud”, “KI” oder “Smart City”, ohne die technischen Grundlagen oder die gesellschaftlichen Implikationen wirklich zu verstehen. Während Digitalagenturen PowerPoint-Folien mit bunten Icons füllen, geht es in Wirklichkeit um ganz andere Dinge: Netzwerkinfrastruktur, IT-Sicherheit, Datenhoheit, Open Source, digitale Verwaltung – und um die Fähigkeit, komplexe Systeme zu durchdringen.

Das Problem beginnt bereits in der Definition. Für die einen ist Digitalkompetenz die Bedienung von Microsoft Teams. Für die anderen beginnt sie erst bei der Fähigkeit, komplexe Datenmodelle zu entwickeln oder Machine-Learning-Prozesse zu verstehen. In der Politik wird Digitalkompetenz jedoch oft auf symbolische Maßnahmen reduziert: Ein Tablet für jeden Schüler, eine App für Behördentermine, ein Social-Media-Kanal fürs Ministerium. Die strategischen, tiefgreifenden Kompetenzen – etwa Security by Design, Codeverständnis, Datenschutzarchitektur oder die Steuerung digitaler Großprojekte – bleiben außen vor.

Der Selbstbetrug ist systemisch: Wer Digitalkompetenz ausschließlich als Kommunikationsfähigkeit oder Medienkompetenz versteht, hat das digitale Zeitalter nicht verstanden. Es geht nicht um die Bedienung von Tools, sondern um das Verständnis der Mechanismen, die unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung in der Tiefe verändern. Deutschland leidet unter einer Digitalpolitik, die lieber verwaltet als gestaltet. Digitalkompetenz muss mehr sein als ein Feigenblatt – sie muss zur Grundvoraussetzung für jede politische Entscheidung werden.

Die Konsequenz: Während die Bundesregierung ihre Digitalstrategie mit viel Tamtam vorstellt, bleibt die Umsetzung zäh. Projektbudgets versickern in Beratungshonoraren, während die technische Infrastruktur altert. Digitalkompetenz wird zum PR-Tool – und das Land bleibt digital stehen. Die Quittung gibt's international: Deutschland belegt regelmäßig hintere Plätze in Digitalrankings, während Estland, Dänemark oder Südkorea vormachen, wie es geht.

Digitale Inkompetenz: Die

versteckte Bremse für Wirtschaft, Bildung und Verwaltung

Digitale Inkompetenz ist kein theoretisches Problem, sondern der Hauptgrund für den digitalen Rückstand Deutschlands. In den Schulen fehlt es an grundlegender IT-Ausstattung, Lehrkräfte kämpfen mit Software-Standards von 2005, und digitale Curricula sind ein Flickenteppich aus Pilotprojekten. In der Verwaltung herrscht IT-Flickschusterei: Insel-Lösungen, veraltete Server, fehlende Schnittstellen, keine Standards für Datenhaltung oder Cloud-Migration. Wer glaubt, Digitalisierung sei mit der Einführung eines E-Mail-Postfachs erledigt, lebt im Technik-Märchenland.

In der Wirtschaft zeigt sich das Desaster noch deutlicher. Mittelständische Unternehmen werden von DSGVO und IT-Sicherheitsvorgaben überrollt, während sie gleichzeitig mit Arbeitskräftemangel und Lieferkettenproblemen kämpfen. Die Einführung digitaler Prozesse scheitert oft nicht am Willen, sondern an fehlenden Skills: Datenbanken, APIs, Automatisierung, Cloud-Infrastruktur – für viele Firmen sind das Fremdwörter. Die Folge: Ineffiziente Prozesse, Sicherheitslücken, Wettbewerbsnachteile.

Die Verwaltung bleibt der größte Problemfall. Projekte wie der "digitale Personalausweis" oder das "Onlinezugangsgesetz" werden zu Milliardengräbern, weil es an technischer Expertise auf Entscheidungsebene fehlt. Ausschreibungen sind so gestaltet, dass nur große IT-Konzerne profitieren, während innovative Start-ups an Bürokratie und Vergaberecht scheitern. Der Föderalismus verschärft das Problem: Jedes Bundesland entwickelt eigene Lösungen, anstatt Standards zu definieren. Die Folge: Schnittstellenprobleme, Datensilos, Frust bei Bürgern und Unternehmen.

Die Summe all dieser Faktoren ist ein katastrophaler Wettbewerbsnachteil. Während andere Länder digitale Souveränität und effiziente Verwaltung als strategisches Asset begreifen, bleibt Deutschland im Digital-Mittelalter stecken – und das trotz Milliardeninvestitionen. Die Ursache: Ein eklatanter Mangel an echter Digitalkompetenz in Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Technische Kernkompetenzen: Was Politiker 2025 wirklich wissen müssen

Digitalkompetenz ist kein Bauchgefühl, sondern ein technisches Fundament. Wer heute Digitalpolitik gestalten will, muss die zentralen Technologien und deren gesellschaftliche Auswirkungen verstehen. Das fängt bei

Infrastrukturthemen wie Glasfaserausbau, 5G, IPv6 und Rechenzentren an und hört bei KI-Algorithmen, Cloud-Architekturen und Cybersecurity noch lange nicht auf.

Ein Politiker, der nicht weiß, was ein API-Gateway ist, wie OAuth2 funktioniert oder warum Open Source für digitale Souveränität elementar ist, hat im Digitalausschuss nichts verloren. Die wichtigsten Skills, die heute auf Entscheidungsebene Pflicht sein sollten:

- Verständnis von Netzwerkinfrastruktur: Glasfaser, VPN, IPv6, Routing, Latenz, Bandbreite
- Grundlagen moderner Software-Architekturen: Microservices, APIs, Containerisierung (Docker, Kubernetes), Cloud-Native-Prinzipien
- Sicherheitstechnologien: Verschlüsselung (TLS, End-to-End), Identity Management, Zero Trust, DDoS-Abwehr
- Datenmanagement: Data Lakes, ETL-Prozesse, Data Governance, Interoperabilität, Metadatenmanagement
- Künstliche Intelligenz und Automatisierung: Machine Learning, Natural Language Processing, KI-Ethik, Explainable AI
- Open Source und digitale Souveränität: Lizenzmodelle, Forks, Community-Governance, Public Code
- Projekt- und Change-Management im IT-Kontext: Agile Methoden (Scrum, Kanban), DevOps, Continuous Integration/Deployment

Diese Begriffe sind keine Buzzwords, sondern das operative Werkzeug, um Digitalisierung zu gestalten. Wer Politik für das digitale Zeitalter machen will, muss sie nicht alle selbst umsetzen können – aber die Prinzipien verstehen, die Chancen und Risiken erkennen und die richtigen Fragen stellen. Alles andere ist Dilettantismus – und der ist 2025 tödlich für die Wettbewerbsfähigkeit.

Das gilt besonders, wenn es um Sicherheit und Datenschutz geht. Die Abhängigkeit von ausländischen Cloud-Anbietern, mangelnde Verschlüsselung oder fehlende Resilienz gegenüber Cyberangriffen sind Staatsrisiken, keine Nebensache. Politiker, die sich hier auf Berater verlassen, haben die Kontrolle längst abgegeben. Digitalkompetenz ist die Voraussetzung, um Souveränität und Innovationsfähigkeit zu sichern.

Digitalstrategie: Warum Symbolpolitik und Lobbyismus jeden Fortschritt blockieren

Deutschland hat eine Vorliebe für Digitalstrategien mit großen Worten und kleinen Taten. Papier ist geduldig, und PowerPoint-Präsentationen lassen sich leichter erstellen als produktive Backend-Systeme. Die Realität: Viele Digitalprojekte scheitern an internen Widerständen, Beraterlobbyismus und föderalem Klein-Klein. Während die Wirtschaft agile Methoden und DevOps implementiert, diskutiert die Politik noch über den Rollout von E-Mail-

Verschlüsselung.

Hier die wichtigsten Blocker, die jede Digitalstrategie ins Leere laufen lassen:

- Lobbyismus und Beraterkultur: Großprojekte werden von Beratungsfirmen gesteuert, die eigene Produkte platzieren. Open Source? Uninteressant, solange die Lizenzmodelle nicht in den Business-Plan passen. Ergebnis: Vendor Lock-in, teure Wartungsverträge, fehlende Innovation.
- Behördliche IT-Strukturen: Starre Hierarchien, fehlende technische Kompetenzen auf Führungsebene, keine Fehlerkultur. Wer einen neuen Server braucht, stellt einen Antrag – und wartet Monate.
- Föderalismus als Digital-Bremse: Jedes Bundesland kocht sein eigenes Süppchen, keine einheitlichen Standards, Schnittstellenchaos. Der Bürger bleibt auf der Strecke.
- Symbolpolitik statt Substanz: Tablets für Schulen, ohne Netz und Support. Apps für alles, aber ohne Backend-Integration. Jede Legislaturperiode ein neues Digitalprojekt, das im Pilotstatus versendet.

Das Resultat: Eine Digitalstrategie, die auf dem Papier beeindruckend aussieht, in der Praxis aber am Status quo scheitert. Wer digitale Transformation will, muss Machtstrukturen aufbrechen, technisches Wissen aufbauen und endlich echte Open-Source-Kultur fördern. Ansonsten bleibt Deutschland das Land der Digital-PR – und andere ziehen vorbei.

Internationale Vergleiche zeigen, wie es besser geht. Estland setzt auf digitale Identitäten, Blockchain-basierte Verwaltung und offene Standards. Dänemark digitalisiert Behördengänge per API. Südkorea rollt 5G flächendeckend aus und investiert in KI made in Korea. Deutschland hingegen investiert in neue Beiräte und den nächsten IT-Gipfel. Der Unterschied: Wo andere digital denken, denkt Deutschland digital nach.

Schritt-für-Schritt: Wie echte Digitalkompetenz in der Politik aussieht

Digitalkompetenz ist kein spontanes Geschenk, sondern das Ergebnis systematischer Arbeit. Wer wirklich digitale Politik machen will, braucht mehr als Beraterpapiere und PR-Kampagnen. Hier die Schritte, die echte Digitalkompetenz in der Politik ausmachen:

1. Technische Grundausbildung für Entscheider
Jeder Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung muss die Basics von IT-Infrastruktur, Security, Datenmanagement und Softwarearchitektur verstehen. Keine Ausreden.
2. Open-Source-First-Strategie
Öffentliche Vergaben müssen Open Source bevorzugen, um Vendor Lock-in zu

vermeiden, Transparenz zu schaffen und Innovation zu fördern.

3. Einführung verbindlicher IT-Standards

Einheitliche Schnittstellen, Datenformate und Protokolle für alle Behörden und Bundesländer. Keine Insellösungen mehr.

4. Agile Projektteams statt starre Hierarchien

Kleine, interdisziplinäre Teams mit technischer Expertise, die Projekte iterativ umsetzen und schnell auf Veränderungen reagieren können.

5. Kontinuierliches Monitoring und Security Audits

Permanente Überprüfung aller IT-Systeme auf Performance, Resilienz und Sicherheit. Wer Schwachstellen ignoriert, riskiert Staatsversagen.

6. Förderung echter Digitalbildung

Digitalkompetenz muss in Schulen und Universitäten systematisch gefördert werden – mit echten IT- und Coding-Inhalten, nicht nur Office-Kursen.

7. Transparente Evaluation und Fehlerkultur

Jede Digitalmaßnahme muss evaluiert und öffentlich gemacht werden. Fehler dokumentieren, lernen, verbessern. Keine Vertuschung, keine Ausreden.

Das klingt radikal? Gut so. Wer in der digitalen Transformation auf Nummer sicher geht, bleibt garantiert auf der Strecke. Deutschland braucht keine weiteren Digitalstrategien, sondern mutige Umsetzer mit technischem Sachverstand.

Die Umsetzung solcher Maßnahmen ist kein Selbstläufer. Es braucht politische Rückendeckung, Ressourcen, und vor allem: die Bereitschaft, Macht und Verantwortung neu zu denken. Aber ohne diesen Wandel bleibt Digitalkompetenz das, was sie heute oft ist – ein leeres Schlagwort, das alle sagen, aber niemand wirklich lebt.

Fazit: Digitalkompetenz oder Digital-Blabla – Deutschland muss sich entscheiden

Digitalkompetenz ist die härteste Währung der Zukunft. Wer sie besitzt, gestaltet. Wer sie nicht hat, wird gestaltet – von anderen, von Unternehmen, von fremden Staaten. Die deutsche Politik hat Jahre damit verbracht, digital zu reden, aber analog zu handeln. Das Ergebnis: Ein digitaler Flickenteppich, ineffiziente Verwaltung, abgehangene Schulen, resignierte Unternehmen. Wer jetzt nicht radikal umdenkt, verliert endgültig den Anschluss.

Der Weg raus aus dem Digital-Blabla ist unbequem, teuer und verlangt mehr als PR-Events und Beiräte. Er verlangt echtes technisches Verständnis, Mut zur Disruption und eine Fehlerkultur, die Innovation erlaubt. Deutschland kann digital – wenn die Politik endlich aufhört, Digitalkompetenz als Feigenblatt zu missbrauchen, und anfängt, sie zur Pflicht zu machen. Alles andere ist digitale Selbsttäuschung – und die können wir uns nicht länger leisten.